

Bildungsbenachteiligung in der Bundesrepublik Deutschland

Mit **Bildungsbenachteiligung in Deutschland** wird die bildungsspezifische Benachteiligung von Gruppen in Deutschland bezeichnet, die über geringe kulturelle, soziale oder finanzielle Ressourcen verfügen. Der Begriff impliziert nicht vorsätzliche oder bewusste Diskriminierung, sondern relative, statistisch belegbare Nachteile dieser Gruppen bei der Verteilung von Bildungschancen und beim Erreichen von Bildungserfolgen in der bundesdeutschen Gesellschaft. Mit der Veröffentlichung der ersten PISA-Studie 2001 wurde die Bildungsbenachteiligung wieder verstärkt in der Öffentlichkeit diskutiert und ist seither regelmäßig Thema in den Medien.

Laut Grundgesetz darf in der Bundesrepublik Deutschland niemand aufgrund seiner Herkunft – womit die soziale Herkunft gemeint ist – benachteiligt werden. Tatsächlich konstatieren diverse Bildungsstudien eine Benachteiligung von Menschen mit einer niedrigen sozialen Herkunft. Dabei hat sich die soziale Benachteiligung verschoben: während noch in den 1970er Jahren „Katholische Arbeiterkinder vom Land“ eine Formel für Mehrfachbenachteiligung war, wird heute eher vom „Türkischen Jugendlichen aus dem Problemviertel“ oder vom „Migrantensohn“ gesprochen. Geblieben ist als Merkmal für Bildungsbenachteiligung die Herkunft aus Arbeiterfamilien.

Entwicklung der Bildungsbenachteiligung

Das gegliederte Schulsystem stammt aus der Zeit preußischer Erziehungstradition und wurde trotz anderslautender Ansätze alliierter Behörden in der Bundesrepublik weitergeführt. Reformen in den 1950er bis 1970er Jahren zielten auf eine verbesserte Ausbildung sozial benachteiligter Schichten, zunehmend auch auf eine stärkere Beteiligung finanziell schlechtergestellter Kinder an Höherer Bildung ab. Diese Maßnahmen hatten einige Erfolge vorzuweisen. Seit Beginn der 1980er Jahre ist die Teilnahme von Kindern sozial schlechtergestellter Familien an höherer Bildung jedoch rückläufig.

Primarbereich: Grundbildung in der Grundschule

Die Hamburger LAU-Studie, die IGLU-Studie, die PISA-Studie und die AWO-Studie weisen darauf hin, dass Kinder mit einer niedrigen sozialen Herkunft bei gleicher Kompetenz sehr viel seltener eine Gymnasialempfehlung erhalten als Kinder mit einer höheren sozialen Herkunft. Darüber hinaus konstatierte die LAU-Studie, dass Eltern aus „höheren Schichten“ dazu neigen würden, selbst dann ihre Kinder zu einer höheren Schule zu schicken, wenn die Lehrkräfte hiervon abrieten. Eltern aus „niedrigeren Schichten“ hingegen würden sich genau an die Empfehlung der Lehrkräfte halten. In der IGLU-2-Studie heißt es:

Untersucht man den Einfluss der Sozialschicht [...] der Kinder auf ihre Schullaufbahneempfehlungen, so wird deutlich, dass selbst bei Kontrolle der kognitiven Grundfähigkeiten und der Lesekompetenz Kinder aus den beiden oberen Schichten eine 2,63-fach größere Chance haben, eine Gymnasialempfehlung zu erhalten als ein Kind aus einem Haushalt aus unteren Schichten [...]. Die deutliche Benachteiligung der Kinder aus unteren Schichten zeichnet sich in allen hier aufgeführten Ländern der Bundesrepublik Deutschland ab. In Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen ist der Grad der Benachteiligung größer als im Bundesmittel, in Hessen etwas geringer.

Eine ähnliche Benachteiligung gelte für Kinder aufgrund ihres Migrationshintergrundes nur in Baden-Württemberg. Von der OECD wird beanstandet, dass Deutschland im Primarbereich deutlich zu wenig Geld pro Schüler und Schülerin ausgibt, was zu einer schlechten Schüler/Lehrer-Quote (im Durchschnitt betreten in Deutschland Lehrkräfte zwei Kinder mehr als im Mittel der OECD-Staaten), wesentlich weniger Unterrichtszeit (als im OECD-Schnitt) und geringere Sachaufwendungen führt.

Sekundarbereich I

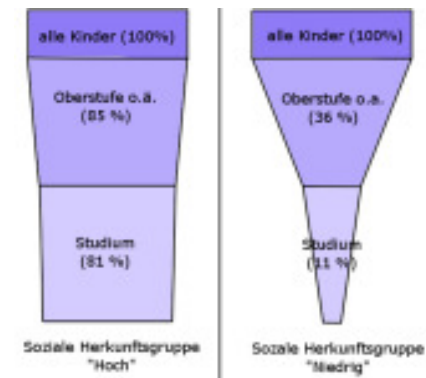
Die TIMSS-Studie, DESI-Studie und die PISA-Studien stellten für die Sekundarstufe I fest, dass sich die mathematischen und die literarischen Kompetenzen zwischen Hauptschülern, Realschülern und Gymnasiasten zu einem großen Prozentsatz überschneiden. Hieraus schloss die UNICEF-Studie *Disadvantages In Rich Nations*, dass die Kinder in Deutschland zu früh und falsch sortiert würden. Die

Studie fasste die Situation in Deutschland unter dem Titel: *Germany: Children Sorted For A Life* (Deutschland: Kinder für ihr ganzes Leben einsortiert) zusammen, um zu verdeutlichen, dass diese frühe Einsortierung kaum rückgängig zu machen sei.

Die PISA-Sonderstudie zu Erfolgchancen von Migrantenkindern kritisiert das deutsche Bildungssystem. Migrantenkinder der zweiten Generation, also Schüler und Schülerinnen, die in Deutschland geboren sind, aber ausländische Eltern haben, erbringen noch schlechtere Leistungen als Migrantenkinder der ersten Generation. 40% von ihnen erreichen nicht die Kompetenzstufe 2. Auch in Dänemark und Neuseeland schneiden Migrantenkinder der zweiten Generation schlechter ab als die der ersten Generation – allerdings nicht in einem derartigen Umfang wie in Deutschland. Die Bildungsforscherin Mechthild Gomolla spricht hier von Institutionalisierte Diskriminierung.

Einer Studie des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung zufolge ist an 16 Prozent der Hauptschulen kein Unterricht mehr möglich. Diese Schulen werden als „kritische Schulumilieus“ bezeichnet, die die Schüler „strukturell benachteiligen“. In den Hauptschulen komme es zu einer Konzentration von sogenannten „Schulversagern“ (50 %), Migrantenkindern (50 %), gewalttätigen Schülern (40 %) und Kindern von ungelerten (40 %) und arbeitslosen Eltern (30 %). In Großstädten tauchen kritische Schulumilieus noch häufiger auf. So finde in den Hauptschulen in Bremen (95 %), Hamburg (70 %) und Berlin (60 %) strukturell kein Unterricht mehr statt.

Sekundarbereich II: Gymnasiale Oberstufe in allgemeinbildenden Schulen



Die Bildungstrichter:
Schüler mit niedriger Herkunft werden an jeder Schwelle stärker ausgesiebt

Die DSW-Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes stellte fest, dass die Bildungstrichter (siehe Abbildung) herkunftsspezifisch unterschiedlich verlaufen. Während von 100 Kindern der höchsten Herkunftsgruppe, die eingeschult werden, ca. 85 % eine gymnasiale Oberstufe erreichen und von diesen dann 95 %, also 81 Kinder ein Studium aufnehmen, erreichen von 100 Kindern der niedrigsten sozialen Herkunftsgruppe nur 36 % die gymnasiale Oberstufe, und von diesen nehmen dann wiederum nur 31 %, also 11 Kinder ein Studium auf.

Nach einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zeige sich, dass nicht nur der Zugang, sondern auch das vorzeitige 'Aus' auf dem Gymnasium durch soziale Auslese geprägt sei. Verfolge man die Wege der Kinder, die nach der Grundschule auf das Gymnasium wechseln, dann zeige sich, dass innerhalb von 6 Jahren 35 % der Kinder mit niedriger sozialer Herkunft die Ausbildung abbrechen. Habe mindestens ein Elternteil das Abitur, liege die Quote nur bei 20 %.

Die Arbeitsgruppe Hochschulforschung der Universität Konstanz stellte in einer Langzeitstudie dar, dass Schüler mit einer niedrigen sozialen Herkunft selbst dann nur zu 51% ein Studium aufnehmen, wenn sie eine Durchschnittsnote zwischen 1 und 2 im Abiturzeugnis haben. Je höher die soziale Herkunft sei, desto eher seien Schüler bereit, auch bei einem schlechten Abiturzeugnis ein Studium aufzu-

nehmen. So würden Schüler der höchsten Herkunftsgruppe, die eine Durchschnittsnote zwischen 2 und 3 erhielten, zu 54% ein Studium aufnehmen.

Tertiärbereich: Hochschulen und Fachhochschulen

Noch immer ist die Zahl von Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland sehr niedrig. Die Hochschulzugangsberechtigung lag 2004 in Deutschland bei nur 38,8 % (im OECD-Durchschnitt fast doppelt so hoch, bei 67,7 %). Auch die Tendenz ist laut einer OECD-Studie besorgniserregend, so stieg in Deutschland zwischen 1995 und 2003 die Studierendenquote nur um 8%, während sie im selben Zeitraum im Schnitt der OECD-Länder um 49 % stieg.

Finanzielle Aspekte schrecken Studienberechtigte aus nicht-akademischen Elternhäusern häufiger ab als Studienberechtigte aus akademischen Elternhäusern. So ergab eine Studie des Hochschul-Informationen-System über Studienberechtigte im Jahr 2005, dass

- 20% (14% akademische Herkunft) die finanziellen Voraussetzungen für ein Hochschulstudium fehlen ,
- 11% (6% akademische Herkunft) nicht bereits sind, sich wegen des Darlehensanteils des BAföG zu verschulden und
- 27% (18% akademische Herkunft) kein Studium aufnehmen, weil die zu dem Zeitpunkt mögliche Einführung allgemeiner Studiengebühren für sie nicht finanzierbar gewesen wäre (bei ost-deutschen Studierenden und weiblichen Studierenden liegt dieser Anteil höher).

Der Hauptgrund nicht zu studieren bestand darin, möglichst schnell eigenes Geld zu verdienen, allerdings muss auch hier nach sozialer Herkunft differenziert werden:

Während bei Studienberechtigten mit akademischem Bildungshintergrund häufiger der bewusste Entschluss für einen nicht-akademischen Beruf (36 % vs. 29 % der Nicht-Akademiker [...]) bzw. die zu lange Dauer eines Hochschulstudiums (36 % vs. 28 %) im Vordergrund der Entscheidung gegen ein Studium stehen, benennen Befragte ohne akademischen Bildungshintergrund überdurchschnittlich häufig finanzielle Hinderungsgründe.

Anteil der Arbeiter- und Beamtenkinder an Hochschulen

Jahr	Anteil Arbeiterkinder	Anteil Beamtenkinder
1982	9%	46%
2000	12%	73%

Der Trend weist darauf hin, dass die Chance von Arbeiterkindern gegenüber Beamtenkindern, ein Studium aufzunehmen, weiter sinkt. So lag nach einer Analyse die Wahr-

Datenreport 2004. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland.

scheinlichkeit von Beamtenkindern gegenüber Arbeiterkindern ein Studium aufnehmen zu können 1982 bei 9:1; im Jahre 2000 lag sie bereits bei 20:1. Die OECD sieht die Ursache für diesen Trend hauptsächlich im drei (bzw. vier-)gliedrigen Schulsystem und sieht – was auch in einer Sonderstudie der UNICEF bemängelt wurde – keine Möglichkeiten, dieses strukturelle Problem im späteren Bildungsverlauf auszugleichen:

„[...] die Wirksamkeit von kompensatorischen Maßnahmen im Tertiärbereich [ist] beschränkt, denn der Zusammenhang zwischen Bildungsleistungen und sozialem Hintergrund wird in Deutschland wie auch in anderen ebenso stark gegliederten und früh selektierenden Bildungssystemen (z. B. Österreich, der deutschsprachigen Schweiz, der Tschechischen Republik oder Ungarn) wesentlich durch die Schul- und Schulformwahl beeinflusst, die wiederum den Hochschulzugang bestimmt. Der Zusammenhang deutet darauf hin, dass das Schulsystem selbst einen erheblichen Einfluss auf die ungleiche Verteilung von späteren Bildungschancen hat und damit das Leistungspotenzial eines beträchtlichen Anteils junger Menschen, einschließlich von Schülern mit Migrationshintergrund, ungenutzt lässt [...]“

Die Studie des GEW „Man muss es sich leisten können...“ von April 2005 über studentische Hilfskräfte an der Universität Marburg stellte dar, dass von 150 studentischen Hilfskräften nur drei Arbeiterkinder waren.